

IV. Konservatismus nach der deutschen Vereinigung

Euphorisiert von der gerade gewonnenen Fußballweltmeisterschaft 1990 in Rom gab der damalige »Teammanager« der deutschen Nationalmannschaft, die »Lichtgestalt« Franz Beckenbauer in der anschließenden Pressekonferenz einige bezeichnende Sätze zu Protokoll: »Jetzt kommen die Spieler aus Ostdeutschland noch dazu [...] ich glaube, dass die deutsche Mannschaft auf Jahre nicht zu besiegen sein wird. Es tut mir leid für den Rest der Welt.«¹ Auch wenn diese Worte sich in den folgenden Jahren als wenig prophetisch erwiesen, so belegen sie doch ein schwarz-rot-goldenes Hochgefühl, das im Jahr der deutschen Einigung noch so manchen zu Träumen treiben sollte, die noch weitaus bizarrere Blüten hervorbrachten, als es die Formulierungen des »Kaisers« darstellen. Die Hoffnung, durch den Einigungsprozess nicht nur menschliche Wunden zu heilen, sondern auch zu einer irgendwie gearteten Größe aufzusteigen erinnert nicht zufällig im Nachhinein an die Sehnsucht Wilhelms II. nach einem »Platz an der Sonne«.

Die Ereignisse der Jahre 1989/90 markieren einen Epochenumbruch. Das Ende des Kalten Krieges, die Implosion des Sowjetkommunismus und die deutsche Vereinigung stellen geschichtlich einschneidende Zäsuren dar. In kürzester Zeit überschlugen sich alle diese Entwicklungen scheinbar zugleich auf einmal. Noch Mitte des Jahres 1989 ahnte kaum jemand, welche Dynamik sich entwickeln sollte. Zwar gab es durchaus Zeichen des Wandels, wie Gorbatschows Politik von *Glasnost* und *Perestroika* in der Sowjetunion. Aber in welche Richtung sich dieser Wandel entwickeln würde, das ahnten die Zeitgenossen jedenfalls nicht. Die Ereignisse zunächst in Ungarn, dann in der DDR und schließlich in allen Warschauer-Pakt-Staaten bis zum gewaltsamen Ende des Ceaușescu-Regimes kurz vor Jahresende 1989, die innerhalb kürzester Zeit 1990 abgewickelte deutsch-deutsche Vereinigung und schließlich der bis Ende 1991 abgeschlossene Zerfall der Sowjetunion, all dies kam völlig überraschend. Als die Einheit dann vollzogen wurde, wähnen sich politische Kräfte rechts der Mitte im Aufschwung, denn schließlich ging ihr Wunsch in Erfüllung: »Die staatliche Vereinigung der beiden deutschen

1 Vgl. o. V.: WM 1990 Beckenbauers Pressekonferenz nach dem Finalsieg, in: youtube.de, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=ajbzkzMilD8> [20.04.2019]; Faller, Heike: Der Plan von der Abschaffung des Rumpelfußballs, in: Die Zeit, 14.06.2012.

Staaten ist ein historischer Triumph der Konservativen², mahnt Jaschke noch 1991. Die deutsche Vereinigung und das Ende des Ost-West-Konfliktes verändern von heute auf morgen die tradierten Grundpfeiler politischer Weichenstellungen. Dies mussten vor allem politische Kräfte links der Mitte spüren, die in eine schwere Identitäts- und Orientierungskrise stürzten. Davon zeugt nicht zuletzt die krachende Wahlniederlage des Kanzlerkandidaten Oskar Latontaine, der diese Epochenwende im Wahlkampf 1990 unterschätzt hatte. Auch im politischen Konservatismus bürgerlicher Façon verändern sich die Orientierungsmarken. Jetzt, wo die Einheit da war, machte sich Unsicherheit breit, wie diese nun konkret auszufüllen sei, was nun getan werden müsse, damit diese Vereinigung ihre innere Vollendung finde. Diese gesamtgesellschaftliche Verunsicherung, die Unklarheit über das neue Gebilde »vereinigtes Deutschland« bei gleichzeitiger hoffnungsfroher Erwartung auf die Zukunft eröffnete einen neuen ungeahnten Spielraum für Kräfte weit rechts der Mitte. All diese sozialgeschichtlichen Umbrüche verändern in jenen Jahren den Konservatismus nachhaltig.

IV.1 Sozialgeschichtliche Umbrüche in den 1990er Jahren

Die Ereignisse von 1989 bis 1991 markieren in ihrer ganzen Tragweite bis heute eine »tiefe historische Zäsur«³. Als der eiserne Vorhang fällt, beginnt nicht nur das »Ende des utopischen Zeitalters«⁴ (Joachim Fest), als mit dem »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) der Traum vom Sieg des Liberalismus sich zu erfüllen scheint. Es setzt auch ein kulturgeschichtlicher Umbruch ein: »In den 1990er Jahren, nach dem Sturz von Mauer, Regimen und Ideologien, begann wirklich etwas grundlegend Neues«⁵. Denn in fast allen Lebensbereichen – wirtschaftlich, sozial, technisch, kulturell – führten in diesem Jahrzehnt neue Entwicklungen zu grundlegenden Umbrüchen, und zwar so verdichtet wie selten in einer Dekade zuvor.⁶ Daher dürften die 1990er Jahre »ein besonders vielschichtiges, auch widersprüchliches Jahrzehnt gewesen sein«⁷. Schließlich forderte der weltgeschichtliche Umbruch ungemein heraus und verunsicherte. Allein die Dynamik in den ersten Jahren nach 1989 muss geradezu überfordernd gewirkt haben, denn es blieb keine Zeit, überhaupt die einzelnen Wandlungen und Umbrüche zu verarbeiten, geschweige denn, mit etwas mehr Abstand zu einer umfassenden Analyse der Gesamtlage zu gelangen: »Der Wandel ist rasant, z.T. schwindelerregend«, beschrieb Jürgen Kocka die latente Überforderung: »Das Leben hat an Intensität gewonnen, die neuen Erfahrungen sind kaum zu verarbeiten, von Langeweile keine Spur, man schwankt zwischen Befürchtung und Faszination.«⁸ Allein von diesem Gesichtspunkt aus ist es

2 Jaschke: Politischer Konservatismus im vereinten Deutschland, S. 143.

3 Winkler: Geschichte des Westens, S. 20.

4 Vgl. Fest, Joachim: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991.

5 Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 328.

6 Vgl. Faulstich, Werner: Einleitung: Zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konturen, in: ders. (Hg.): Die Kultur der 90er Jahre, München 2010, S. 7–20.

7 Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 331.

8 Kocka, Jürgen: Zwischen Befürchtung und Faszination, in: Kogel, Jörg-Dieter; Schütte, Wolfram; Zimmermann, Harro (Hg.): Neues Deutschland. Innenansichten einer wiedervereinigten Nation, Frankfurt a.M. 1993, S. 65–68, hier S. 68.

insofern nicht verwunderlich, dass sich der Konservatismus nach den Umbrüchen im Auftrieb befand, denn er versprach – oder zumindest: suggerierte – Stabilität in unsicheren Zeiten. Die Psychologie und Sozialpsychologie sprechen hierbei von einer sogenannten Neurasthenie, also einer nervlichen Reiz-Reaktions-Störung aufgrund von Überforderung, Erschöpfung und Ermüdung. Sind die Belastungen zur Verarbeitung von Ereignissen ausgereizt, folgen beständig Momente der Müdigkeit und Melancholie. Nun kann man natürlich nicht dieses Störungsmuster so ohne weiteres einfach auf gesamtgesellschaftliche Phänomene übertragen, aber dies ändert zumindest nichts an den Analogien aus einer sozialhistorischen Perspektive, denn: »Nicht zufällig folgen auf kulturrevolutionäre Zeiten der fortwährenden Traditionsbrüche verlässlich Phasen des Ruhebedarfs, des konservativen Stabilitätsverlangens.«⁹

Dieser kultur- und mentalitätsgeschichtliche Umbruch offenbarte sich in ganz unterschiedlichen Ausprägungen. Ronald Ingleharts Theorie des Wertewandels, wonach sich westliche Gesellschaften qua Modernisierung auch kulturell verändern, indem sich der individuelle Stellenwert von »Werten« – von »materiell« notwendigen hin zu »postmateriellen« Selbstverwirklichungswerten – verschiebt¹⁰, war für die gesellschaftlichen Prozesse in den 1990er Jahren kaum zutreffend. Für diese Jahre war die These von einer optimistisch gestimmten linearen Entwicklung hin zum Postmaterialismus nur für Teile der Gesellschaft in Westdeutschland, sicherlich aber nicht für die neuen Bundesländer haltbar.¹¹ Stefan Hradil sprach sogar über die 1990er Jahre als Jahrzehnt des »Wandels des Wertewandels«.¹² An anderer Stelle beschrieb er diese kulturellen Entwicklungen auch als eine »Modernisierungs-Zeitlupe«¹³. Denn zwar schritt demnach die moderne Individualisierung der Lebensführung immer weiter voran, aber zugleich setzten »Gegenbewegungen« hin zu »schärferen Normen, mehr Gemeinschaftlichkeit in Ehe, Familie und anderswo«¹⁴ ein. Die neue Dekade ist daher ein besonders widersprüchliches Jahrzehnt zwischen Veränderung und Stillstand.¹⁵ Auf der einen Seite stehen die weltgeschichtliche Erlösung vom Joch des Kalten Krieges und die Hoffnung auf den Sieg des Liberalismus. Auf der anderen Seite finden sich kulturelle Verunsicherungen, Befürchtungen politischer Überforderung und die zunehmende Frustration über politische Entwicklungen nach der deutschen Vereinigung, die sich die Bürger beim Tanz auf der eingeschlagenen Berliner Mauer 1989/90 ganz anders vorgestellt hatten. Überhaupt: In jenen Jahren büßt »Progressivität« ungemein

9 Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 21.

10 Vgl. Inglehart, Ronald: The silent revolution. Changing values and political styles among Western publics, Princeton 1977.

11 Vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland, S. 171f.

12 Vgl. Hradil, Stefan: Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen, in: Glatzer, Wolfgang; Habich, Roland; Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung, Opladen 2002, S. 31-47.

13 Hradil, Stefan: Zur Sozialstrukturentwicklung in den neunziger Jahren, in: Süß, Werner (Hg.): Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Opladen 2002, S. 227-250, hier S. 249.

14 Ebd.

15 Walter, Franz: Veränderung und Stillstand. Zur Ambivalenz der 1990er Jahre, in: Indes 1/2015, S. 5-17.

an Aura und Anziehungskraft ein. Seit den 1970er Jahren war überall in der Gesellschaft eine optimistische Grundstimmung vorhanden. Doch Anfang der 1990er Jahre wandelt sich dies. Sucht man nach zentralen Schlagwörtern, die die Stimmung im Land charakterisieren, stößt man etwa auf Staatsverdrossenheit, Parteientfremdung, Politikmüdigkeit oder auch tiefes Misstrauen der Bürger gegenüber der Politik.¹⁶ Ganz neue politische Entwicklungen beginnen sich abzuzeichnen, andere werden erst jetzt als Problem wahrgenommen, weil sie zuvor durch den Freudentaumel der Einheit überlagert wurden. Dabei verbinden sich langfristige, tieferliegende, gesamtgesellschaftliche kulturelle Entwicklungslinien mit den kurzfristigen Enttäuschungen über die Ausgestaltung der Vereinigung, da der Osten durch die Treuhand abgewickelt wird und der Westen langsam merkt, was diese Vereinigung kostet. Kurzum: In den 1990er Jahren macht sich Tristesse breit, es werden Zweifel laut an der Stabilität des Sozialstaates und Befürchtungen über das Wohl der Gemeinschaft angesichts ungezügelter Frönens hedonistischer Lebensauffassungen in einer neuen »Raff-Gesellschaft« (Marion Gräfin Dönhoff).¹⁷ Schließlich war »Individualisierung« das Zauberwort der 1990er Jahre.¹⁸ Die von Kohl versprochenen »blühenden Landschaften« in den neuen Bundesländern blieben vorerst aus, vielmehr sollten die alten Bundesländer noch mehr finanzielle Belastungen für die Aufbauhilfe Ost übernehmen als zuvor angekündigt, was nicht zuletzt den wirtschaftlichen Pessimismus befeuerte, als die Zahl der Arbeitslosen 1994 die Fünf-Millionen-Marke überschritt und die Wirtschaft über unverhältnismäßig hohe Arbeitskosten pro Stunde klagte. Damit war der »Staat in der Klemme«, wie es Greiffenhagen und Greiffenhagen griffig formulierten.¹⁹ Bereits mit den »Globalisierungsdebatten« Ende der 1980er Jahre, aber besonders nach der Vereinigung steht nun die Selbstverständlichkeit der Rolle von Staat und sozialer Marktwirtschaft in Frage. Denn die wirtschaftlichen Umbrüche wie der Konkurs von über 25.000 Unternehmen²⁰ oder die Erosion des »identitätsstiftende[n] Surrogat[s] der ökonomischen Prosperität«²¹ lassen das Vertrauen in diese Symbiose aus den Wirtschaftswunderjahren fragwürdig werden. Es scheint (nur auf den ersten Blick) paradox, aber hierdurch speiste sich der neuerliche Ruf nach einem Staat, zumal die Erwartungshaltungen in Ostdeutschland gegenüber dem Staat allein schon aus historisch tradierten Gründen höher waren. Doch diese Dilemmata (mehr oder weniger Staat, mehr oder weniger Sozialstaat – und vor allem: mehr oder weniger Staat gegen die neuerlichen Privatisierungs- und Individualisierungspostulate) wurden nicht aufgehoben, sondern das wachsende Aufgabenpensum des Staates wurde trotz des beschränkten nationalen Handlungsspielraums angesichts der gleichzeitig einsetzenden Europa- und Euro-Euphorie letztlich durch einen neuen Modus überlagert, der in den Wirtschaftswissenschaften seit Ende der 1970er Jahre als »Neoliberalismus« bekannt

16 Vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland, S. 21.

17 Vgl. a.a.O., S. 14.

18 Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 345.

19 vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland, S. 189–207, bes. S. 189f.

20 Vgl. Walter: Veränderung und Stillstand, S. 12.

21 Leggewie, Claus: Der Mythos des Neuanfangs. Gründungsetappen der Bundesrepublik Deutschland: 1949–1968–1989, in: Berding, Helmut (Hg.): Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 3, Frankfurt a.M. 1996, S. 275–302, hier S. 297.

war: eine neue Form der Arbeitsteilung zwischen einem schwachen Staat und einem starken Markt, während der Staat aber in anderen gesellschaftlichen Bereichen doch stärker wurde.²² Nicht zuletzt schien das Vertrauen in die Politik zu versiegen. Die Klage vom »Reformstau« machte die Runde, was letztlich das Gefühl in der Bevölkerung widerspiegelte, dass die Politik mit ihrer Agenda und ihren Reformen nicht vorankomme. Schließlich wurde das neue geflügelte Wort von der »Politikverdrossenheit« 1992 zum Wort des Jahres gewählt. Das neue Jahrzehnt begann in einer düsteren Atmosphäre. Der Zweite Golfkrieg im Irak und die Bürgerkriege auf dem Balkan bestärken die neuerliche Attraktivität geopolitischer Begründungsstränge für außenpolitisches Handeln.²³ Die sich über Jahre hinziehenden Entwicklungen bis zum Massenmord von Srebrenica schockieren die Bevölkerung. Vor allem aber bewirkt die stete Berichterstattung darüber ein andauerndes, geradezu perpetuierendes Erinnern an die Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges.²⁴ Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurde einer an Frieden gewöhnten Gesellschaft bewusst, wie dünn die zivilisatorische Tünche ist. Auch die innenpolitischen Entwicklungen schockieren die Bevölkerung. Die allgegenwärtige Asylfrage und der Umgang mit Flüchtlingen bestimmen ab 1991 die innenpolitischen Debatten.²⁵ Die Gewalt von Rostock-Lichtenhagen polarisiert die bundesrepublikanische Öffentlichkeit. Die Gewalt- und Protestwellen werden im Zusammenhang mit dem weiteren Aufstieg der Republikaner als Bedrohungssyndrom und – aus heutiger Sicht: mal wieder – als »Revolt von rechts«²⁶ wahrgenommen. Auch daher ist die Einordnung dieses Jahrzehnts in der Forschung umstritten. Auf der einen Seite stehen Einschätzungen, die diese Dekade als von »Reformstau« geprägte Zeitabschnitte betrachten, in denen man gesellschaftlich zu wenig vorangekommen sei. Jan Ross bezeichnet deshalb die 90er Jahre als eine »verlorene Zeit«.²⁷ Auf der anderen Seite wurden vor allem aus einer historisch vergleichenden Perspektive heraus gerade diese Jahre als richtungsweisend angesehen. Hans-Peter Schwarz betont gerade die »beispiellose Reformleistung«²⁸ der Kohl-Regierung, denn in diesen Jahren seien vor allem zwei Reforminitiativen vorangebracht worden, die »Rundumreform der neuen Länder« und die »Europäisierung des deutschen politischen Systems und der deutschen Wirtschaft«²⁹. Doch unabhängig davon, aus welchem Blickwinkel heraus dieses Jahrzehnt beurteilt wird, letztlich entscheidend ist, dass alle diese Entwicklungen parallel stattfinden, sich teilweise widersprechen, aber nebeneinander bestehen, sich teilweise auch überlagern konnten.

22 Vgl. Engartner, Tim; Laschet, Oliver: Schlanker Staat, starker Markt. Die Selbstentmachtung des Staates im Jahrzehnt der Wiedervereinigung, in: *Indes* 1/2015, S. 96-104.

23 Walter: *Rebellen, Propheten und Tabubrecher*, S. 329.

24 Wolfrum: *Welt im Zwiespalt*, S. 43.

25 Vgl. Leicht, Robert: Hoyerswerda in den Köpfen, in: *Die Zeit*, 27.09.1991.

26 Leggewie, Claus: *Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik*, München 1993, S. 9.

27 Ross, Jan: *Die verlorene Zeit. Ein kurzer Rückblick auf die langen neunziger Jahre*, in: *Merkur* Jg. 56 (2002) H. 7, S. 555-565.

28 Schwarz, Hans-Peter: *Reformimpulse in den neunziger Jahren, oder: Der Reformator Helmut Kohl. Beobachtungen und Fragen*, in: Buchstab, Günter; Kleinmann, Hans-Otto; Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): *Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz*, Köln 2010, S. 557-578, hier S. 569.

29 A. a. O., S. 578.

Die deutsche Vereinigung wurde innerhalb relativ kurzer Zeit vollzogen. In den 1980er Jahren hielt es die Bundesregierung noch für unwahrscheinlich, eine solche Einigung zu erzielen. Die Außenpolitik der Bundesregierung stand zwar im Zeichen der Annäherung, allerdings nur unter den Bedingungen der steten, aber vorsichtigen Annäherung angesichts des Reformprozesses in den osteuropäischen Ländern. Die Westmächte suchten den Status Quo zu wahren und auf der Grundlage der Entspannung stete Fortschritte in einzelnen Politikbereichen zu erzielen. Noch bis Mitte des Jahres 1989 sprach kaum jemand von einer »Deutschen Einheit«, weshalb Jarausch es die »unverhoffte Einheit« nannte.³⁰ Selbst infolge der Ereignisse im November 1989 nach der berühmt berüchtigten Pressekonferenz von Günter Schabowski und der Grenzöffnung war danach noch kaum von einer »Vereinigung« die Rede. Zunächst wurde an »Runden Tischen« darum gerungen, wie die DDR erhalten werden könnte bzw. wie ansonsten eine deutsch-deutsche Vereinigung aussehen könnte.³¹ In der Bundesrepublik wurde diese Entwicklung sehr genau beobachtet, sodass Helmut Kohl, der zuvor noch relativ wenig Interesse an einer konkreten deutschen Vereinigung gezeigt hatte, auf diesen Zug der Zeit aufspringt und nach einem Besuch in Polen am 28. November 1989 einen Zehn-Punkte-Plan vorlegt, wie die »Überwindung der Teilung Deutschlands« zu realisieren sei.³² Doch noch blieben die Verhandlungen offen, und erst nach dem Besuch Kohls in Dresden am 19. Dezember 1989, als der Bundeskanzler in einem Deutschland-Flaggen-See frenetisch gefeiert wurde, schien sich eine Lösung in dieser Richtung abzuzeichnen.³³ Erste Konturen gewann diese Vorstellung nach der Auseinandersetzung um eine Wirtschafts- und Währungsunion, durch die die DDR an die Bundesrepublik angegliedert werden sollte. Vor allem die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, aber auch die Währungsumstellung auf die D-Mark, die zum 01. Juli 1990 eingeführt wurden, erhöhten die Erwartungen an eine Vereinigung. Aber dennoch blieb die Frage weiterhin offen, wie eine Einheit aus Bundesrepublik und DDR gestaltet werden sollte. Die unterschiedlichen Standpunkte in dieser Verfassungsdiskussion bezogen sich verfassungsrechtlich auf jeweils unterschiedliche Grundgesetz-Artikel. Art. 23 GG sah vor, dass die DDR an die Bedingungen des Grundgesetzes angeschlossen werden könne, während Art. 146 GG es ermöglichte, eine neue Verfassung für das vereinte Deutschland zu erarbeiten.³⁴ Damit ging es grundlegend darum, ob die neue deutsch-deutsche Einheit eine staatliche Neugründung oder eine westdeutsche Erweiterung durch ostdeutsche Angliederung werden solle, vergleichbar der Rückgliederung des Saarlandes in den 50er Jahren. Doch auch diese Verfassungsdiskussion wurde vorzeitig von der Realität eingeholt, weil die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 als Plebiszit für das Grundgesetz interpretiert wurde und sich dadurch auch der Druck auf die DDR-Volkskammer nach weiteren Einigungsprozessen erhöhte. Daher stimmte diese vorzeitig am 23. August 1990 einem möglichen Beitritt zur Bundesrepublik nach Art. 23

30 Jarausch, Konrad H.: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt a.M. 1995.

31 Vgl. Winkler: Geschichte des Westens, S. 1021.

32 Vgl. Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 149f.

33 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, Bonn 2010, S. 332f.; Winkler: Geschichte des Westens, S. 1024.

34 Vgl. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, S. 262f.

GG zu.³⁵ Aber erst nach internationalen Verhandlungen und dem Ausräumen von Befürchtungen vor einem einheitlichen Deutschland, insbesondere von britischer Seite um Margaret Thatcher, wie auch nach Beratungen mit Gorbatschow konnte die Einigung konkretisiert und in den Zwei-Plus-Vier-Verträgen am 12. September 1990 materialisiert werden, worin dem vereinten Deutschland die volle Souveränität zugesprochen wird. Es folgten zwar durchaus teilweise verfassungsrechtliche Änderungen des Grundgesetzes bzw. neue Verfassungen in den neuen Bundesländern, aber dennoch gilt diese Verfassungsdiskussion retrospektiv als »verpaßte Chance«³⁶, gerade auch vor dem Hintergrund der Frage nach einem neuen bundesrepublikanischen Selbstverständnis im Verhältnis von DDR-Erfahrungen der neuen Bundesländer und den Bonner Lehren aus der Weimarer Zeit in der Bundesrepublik bis 1989.³⁷ Auch aus diesem Grund gehen die Bewertungen über den Prozess der deutschen Vereinigung deutlich auseinander: Kritiker einer angeblich verfrühten und übereilten Einigung betonen vor allem die bundesrepublikanische Kontinuität, dass sie eine »verpaßte Neugründung von 1989«³⁸ und mehr Kontinuität als Wandel gewesen sei³⁹, was sich auch am Parteiensystem widerspiegeln.⁴⁰ Demgegenüber stellen andere den enormen Wandel hervor, der sich aber in anderer Form offenbare. Johannes Gross betont den Wandel von der Bonner zur Berliner Republik, wobei der Terminus zu dieser Zeit noch unterschiedliche Konnotationen besaß.⁴¹ Auch Gerhard A. Ritter hebt die enormen Veränderungen im Parteiensystem hervor, die durch die neue Kluft der unterschiedlichen Mentalitäten entstehen würden, die sich aber nicht in neuen Parteien, sondern innerhalb der bisherigen Parteien zeigen würden.⁴² Gemeinsam ist diesen Perspektiven jedenfalls, dass sich der Wandel im Bewusstsein der Zeitgenossen tatsächlich erst mit der unter Schröder stattfindenden realen Verlagerung des Regierungssitzes nach Berlin vollzog.

-
- 35 Vgl. Jesse, Eckhard: Der innenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Zäsuren einer atemberaubenden Entwicklung, in: ders.; Mitter, Armin (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Bonn 1992, S. 111-141.
- 36 Stein, Tine: Vergangenheitsbewältigung im Medium der Verfassungspolitik? Die deutsche Verfassungsdiskussion nach 1989 zwischen Vergangenheit und Zukunft, in: König, Helmut; Kohlstruck, Michael; Wöll, Andreas (Hg.): Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen 1998, S. 136-166, hier S. 163.
- 37 Zum raschen Stimmungswandel in der DDR-Bevölkerung 1990 für eine nationale Vereinigung, vgl. Holtmann, Everhard; Köhler, Anne: Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen, Bonn 2016, S. 262f.
- 38 Leggewie: Druck von rechts, S. 14.
- 39 Vgl. Jesse, Eckhard: Von der »Bonner Republik« zur »Berliner Republik«? Mehr Kontinuität als Wandel, in: Eckert, Karl; Jesse, Eckhard (Hg.): Das wiedervereinigte Deutschland. Eine erweiterte oder eine neue Bundesrepublik?, Berlin 1999, S. 21-33.
- 40 Vgl. Stöss, Richard: Mehr Kontinuität als Wandel. Das Parteiensystem vor und nach der deutschen Vereinigung, in: Czada, Roland; Wollmann, Hellmut (Hg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2000, S. 308-327.
- 41 Vgl. Gross, Johannes: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995.
- 42 Vgl. Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.

Mit den politischen Entwicklungen der Jahre 1989/90 war die »deutsche Frage« zurück auf der Weltbühne.⁴³ Die »deutsche Frage«, ein historischer Begriff seit dem 18. Jahrhundert, hatte stets einen »Doppelcharakter«⁴⁴, indem sie sich einerseits auf die nationale und territoriale Organisation bezog, aber andererseits damit immer auch die Frage nach der Demokratie und gesellschaftlichen Ordnung Deutschlands gemeint war. Noch Ende der 1980er Jahre hatte die deutsche Frage ihren »offenen Charakter verloren«⁴⁵. Doch dann kam sie eruptiv zurück auf die Tagesordnung. Dies zeigte sich auch daran, dass der Begriff der »Wiedervereinigung« schnell wieder umgangssprachliche Verbreitung fand. Schließlich versprach das Schlagwort einerseits ähnlich wie die »blühenden Landschaften« einen gesamtgesellschaftlich sozio-ökonomischen Aufbruch⁴⁶ und andererseits suggerierte es eine »deutsche Innerlichkeit« ohne Geschichte, versprach aber dennoch eine »Rückkehr zu einer ursprünglichen Einheit«⁴⁷. Diese Konjunktur und Karriere des Begriffs, die schließlich bis heute anhält, erstaunt nicht nur zeithistorisch, weil die Menschen in Ost- und Westdeutschland, die den gleichen Begriff verwendeten, letztlich aber ganz Unterschiedliches damit meinten bzw. intonierten.⁴⁸ Mit 1989/90 endete nicht nur der Kalte Krieg, sondern auch die Nation und der Nationalstaat kehrten in neuer alter Form zurück: »[D]ie Nation ist wieder da«, bemerkte Ralf Dahrendorf und zeigte sich über deren Wirkung geradezu überrascht, »[n]och der vaterlandslose Geselle definiert sich an der Nation, vom Verfassungspatrioten ganz zu schweigen.«⁴⁹ Der nationale Freudentaumel jedenfalls war nach 1989 allgegenwärtig. Der Ausspruch von Walter Momper, dem regierenden Bürgermeister Berlins, von 1989: »Wir Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk auf der Welt!« ist ein Satz von weltgeschichtlichem Format, der den Wunsch nach nationaler Kollektivierung bündelt wie sonst eventuell nur noch der Ausspruch seines Parteikollegen Willy Brandt: »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.«⁵⁰. Dabei wirkt diese nationale Euphorie, die sich doch quer durch alle politischen Lager zog,⁵¹ durchaus nicht ohne Brüche und innere Widersprüche. Denn einerseits dürfte kaum eine historische

43 Vgl. Metzler: *Der Staat der Historiker*, S. 243.

44 Korte/Weidenfeld: *Deutsche Frage und Deutschlandpolitik*, S. 89.

45 Roth: *Die Idee der Nation im politischen Diskurs*, S. 340.

46 Vgl. Klein, Josef: *Blühende Landschaften, Scheinasylanten, Globalisierung. Sprache und Politik in den 1990er Jahren*, in: *Indes* 1/2015, S. 69–78, hier S. 70f.

47 Claussen: *Tradition der Traditionslosigkeit*, S. 28.

48 Die inflationäre Begriffsverwendung verwundert auch heute noch, schließlich war die Rede von der »Wiedervereinigung« im Kalten Krieg noch eine politische Kampfpapare (Claussen: *Das Verschwinden des Sozialismus*, S. 19), doch während »BRD« und »Totalitarismus« aus genau diesem Grund des zeitspezifischen Zusammenhangs heute nicht mehr verwendet werden, fehlt diese gerne eingeforderte Differenzierung beim Begriff der »Wiedervereinigung« gänzlich. Aus diesem Grund wird der Begriff der »Wiedervereinigung« in dieser Arbeit nur entsprechend der jeweiligen Zitation übernommen. Der Begriff verschleiert letztlich zeithistorische Dynamik, denn es vereinigten sich gerade nicht zwei gleiche zuvor getrennte Nationen »wieder« zusammen, sondern es war eine »Fusion von zwei Neustaaten« (Wehler: *Nationalismus*, S. 89). Daher wird in dieser Arbeit der Begriff der deutschen »Vereinigung« verwendet.

49 Dahrendorf, Ralf: *Die Sache mit der Nation*, in: *Merkur* Jg. 44 (1990) H. 10–11, S. 823–834, hier S. 823.

50 Beide Zitate n. Görtmaker: *Die Berliner Republik*, S. 32.

51 Vgl. Roth: *Die Idee der Nation im politischen Diskurs*, bes. S. 340–386.

Zäsur, folgt man Jan Ross, je mit so ungeteilter Freude und mit »derart großen Hoffnungen erlebt worden sein wie die Jahre um 1989«⁵². Doch andererseits zeigt sich hier ein gewisser Anachronismus: Denn zwar würden, so bemerkt Ralf Dahrendorf, die Nation und der Nationalstaat geradezu sehnsüchtig erwartet, aber gleichzeitig doch irgendwie »als eine Art Naturereignis begriffen, das unausweichlich kommen muß und auch seinen guten Sinn hat, aber wofür man weder Opfer zu bringen bereit ist noch gar Triumphgesänge anstimmt.«⁵³ Wohl auch dieser Euphorie geschuldet, gingen kritisch-mahnende Stimmen in der öffentlichen Auseinandersetzung relativ schnell unter, die zumindest Zweifel an der rein euphorisch-rasanten Entwicklung äußerten und auf mögliche damit zusammenhängende oder auch dadurch erst entstehende Probleme hinwiesen.⁵⁴ Die Stimmen, die gegen vorschnelle politische Entscheidungen ohne ausreichende gesellschaftliche Debatte über Vor- und Nachteile einer solchen staatlichen Einheit plädierten, wurden bereits im Laufe des Jahres 1990 immer leiser.⁵⁵

Die Rückkehr der Nation und die Vollendung der deutschen Vereinigung stürzten die bundesrepublikanischen Intellektuellen und die politische Linke in die Krise. Teilweise rüttelten diese Ereignisse auch am Selbstverständnis der Intellektuellen bzw. sie führten zu längeren Kontroversen innerhalb dieser Intelligenz, wie mit dieser deutschen Einheit nun umzugehen sei.⁵⁶ Schließlich betrachtete ein großer Teil der linken und linksliberalen Intelligenz den Einigungsprozess mit großer Sorge. Allen voran sah besonders Habermas die Prinzipien der Westorientierung und die Stabilisierung der Wirtschaftssysteme durch eine Vereinigung gefährdet.⁵⁷ Aber auch andere Intellektuelle wie Literaten, ob aus Ost oder West, positionierten sich Ende des Jahres 1989 ganz überwiegend noch öffentlich gegen eine deutsche Vereinigung, sei es, weil die Bundesrepublik als »Freibeuterstaat« kritisiert wurde (Stefan Heym)⁵⁸, sei es, weil »Auschwitz« eine Vereinigung verbiete (Günter Grass).⁵⁹ Bereits im Dezember 1989 bemerkte Joachim Fest, dass es eine »Bekommenheit« und »Verlegenheit« unter den Intellektuellen angesichts der geschichtlichen Ereignisse gebe, denn kaum einer hatte es vorhergesehen, kaum einer wollte es, und vor allem war es ein politisch-geschichtlicher Akt »ohne intellektuelle Beteiligung«⁶⁰. Damit sprach Fest der deutschen Intelligenz ihre

52 Ross: Die verlorene Zeit, S. 556.

53 Dahrendorf: Die Sache mit der Nation, S. 830.

54 Vgl. Meier, Christian: Deutsche Einheit als Herausforderung. Welche Fundamente für welche Republik?, München 1990.

55 Vgl. Geiss, Imanuel: Die deutsche Frage 1806-1990, Mannheim 1992, S. 105f.

56 Vgl. Jäger, Wolfgang; Villinger, Ingeborg (Hg.): Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, Freiburg 1997. Darin besonders das Interview mit Reinhart Koselleck über die veränderte Rolle des Intellektuellen, vgl. a.a.O., S. 248-257.

57 Diese Sorge war keineswegs unbegründet, denn die um 1989/90 meist diskutierten Vorschläge und Konzepte rund um »Dritte Wege oder Neutralismus zwischen »Wiedervereinigung« und »Zweistaatlichkeit« gingen schließlich zumeist ebenfalls davon aus, dass die Vereinigung nur um den Preis der Aufgabe der Westintegration zu erzielen sei, vgl. Oevermann, Ulrich: Zwei Staaten oder Einheit? Der »dritte Weg« als Fortsetzung des deutschen Sonderwegs, in: Merkur Jg. 44 (1990) H. 2, S. 91-106.

58 Vgl. Broder, Henryk M.: Die Unfähigkeit zu feiern, in: Der Spiegel 40/1995, S. 236-246.

59 Vgl. Grass, Günter: Schreiben nach Auschwitz, in: Die Zeit, 23.02.1990.

60 Fest, Joachim: Schweigende Wortführer. Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.12.1989, S. 25.

Avantgarde-Rolle ab. Ähnlich urteilte auch Dahrendorf, denn »den Intellektuellen des Landes [paßt] die ganze Richtung nicht«⁶¹, womit den Intellektuellen ihre politische Wirkungslosigkeit vorgehalten wurde. Und die Sprachlosigkeit der Intellektuellen angesichts der geschichtlichen Entwicklung symbolisierte das »Versagen der Intellektuellen«⁶². Kurt Sontheimer beschrieb diese eigentümliche Dynamik, in der sich die deutschen Intellektuellen selbst überschätzen und ihre Rolle überdehnen würden, einmal als eine »Lust am Untergang«.⁶³ In deren Folge erodierte das Selbstbewusstsein dieser deutschen Intelligenz, weil die gesellschaftliche Praxis völlig anders verlief, als es die Intellektuellen mehrheitlich wollten. Aber auch die politische Linke insgesamt geriet durch die Entwicklungen jener Jahre in eine tiefe Krise. Auf der einen Seite verlor sie durch das Ende der Sowjetunion, ob sie diese nun ablehnte oder befürwortete, das ihr inzwischen lieb gewordene Ordnungsmuster, denn zumindest war der real existierende Sozialismus ein prinzipieller Bezugspunkt, auf den sich ihre Kritik als Alternative zum Kapitalismus des Westens hin orientieren konnte. Auf der anderen Seite opferte die Linke, nun da mit dem »Ende der Geschichte« (Fukuyama) die Postmoderne endgültig ihren finalen Siegeszug anzutreten schien, bereitwillig ihre »linke Identität«, weshalb Helmut Dubiel die Krise der Linken nach 1989 als »Linke Trauerarbeit«⁶⁴ bezeichnete. Mit der Rückkehr der Nation war aber gerade nicht die Suche nach nationaler Identität beendet. Vielmehr beförderte die staatliche Vereinigung dieses Streben, sodass sie ambivalent und allgegenwärtig schien.

Diese Suche nach einer nationalen Identität, nach einer neuen einheitsstiftenden Erzählung und Selbstvergewisserung hat tiefe Wurzeln. Denn der »Zusammenbruch des einen Teils der Welt enthüllte die Malaise des anderen«⁶⁵, wie der britische Historiker Eric Hobsbawm bemerkt. Ost wie West stabilisierten ihre Systeme demnach auch durch die Blockkonfrontation, konnten sich durch gegenseitige Abgrenzung von innen her stabilisieren. Aber mit der Implosion des Realsozialismus wurden nun auch im Westen nicht nur ökonomische Krisen sichtbar, sondern auch neue politische und soziale. Mit 1989 und der späteren Einheit klärte sich so nicht die Frage des deutschen Selbstverständnisses, sondern damit entstanden erst »neue deutsche Ungewissheiten«⁶⁶, wie Habermas zuspitzte. Wie weit die Hoffnungen und Erwartungen auseinandergingen, zeigt etwa die Debatte um die Suche nach einer passenden Nationalhymne (vorgeschlagen waren Bertolt Brechts »Kinderhymne«, die DDR-Hymne von 1949 von Johannes Becher oder die dritte Strophe des Deutschlandliedes) oder noch deutlicher, welcher Nationalfeiertag ausgesucht werden sollte. In einer Umfrage der *Zeit* aus dem Juni 1990 zeigt sich diese Kontroverse par excellence: Einige Intellektuelle wie Peter Brandt oder Martin Walser votierten für den 18. März (1848), andere wie Theodor Eschenburg für den 09. November (1918, 1938, 1989), einzelne wie Wolf Biermann für

61 Dahrendorf: Die Sache mit der Nation, S. 825.

62 A. a. O., S. 826.

63 Vgl. Sontheimer, Kurt: Die Lust am Untergang. Die Intellektuellen und die Politik, in: Universitas Jg. 44 (1989) H. 10, S. 971-979.

64 Dubiel, Helmut: Linke Trauerarbeit, in: Merkur Jg. 44 (1990) H. 496, S. 482-491, hier S. 482.

65 Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, S. 24.

66 Habermas, Jürgen: Die Normalität einer Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VIII, Frankfurt a.M. 1995, S. 170.

den 08. Mai (1945) oder wie Ralf Dahrendorf für den 23. Mai (1949). Ein großer Teil um Kurt Biedenkopf und Alfred Grosser plädierte demgegenüber für den 03. Oktober.⁶⁷ Kurzum: Die oben festgestellte Gleichzeitigkeit von Euphorie und Verunsicherung zeigt sich demnach auch im politischen Klima der Zeit. Eine Krisen- und Endzeitstimmung wechselt sich ab mit einem Gefühl des nationalen Aufbruchs, verbunden mit hohen Erwartungen an den kapitalistischen Fortschritt.⁶⁸ Diese Mesalliance und die sozialgeschichtlichen Umbrüche haben entscheidenden Anteil am Wandel des Konservatismus nach der deutschen Vereinigung.

IV.2 Konservatismus zwischen Aufschwung und Auszehrung

Die nationale Vereinigung 1989/90 war ein ersehntes Ziel des deutschen Konservatismus der Vorjahre. Die Ausgangsbedingungen für einen Erfolg des Konservatismus in den folgenden Jahren waren also vielversprechend. Leggewie sprach davon, dass die nationale Einheit und die gleichzeitige nationale Verunsicherung eine »Verschiebung des ganzen politischen Spektrums nach rechts«⁶⁹ bewirkt hätten. Jedenfalls schien es in den ersten Jahren tatsächlich so, als ob die nationale Folklore den Konservatismus neu beflügeln würde. Davon zeugen die Debatten um das Asylrecht (1992/93), die Hauptstadtdebatte (1991), die Kontroverse um die Bundespräsidenten kandidatur von Steffen Heitmann (1993) oder auch schon zuvor der kurzzeitige Erfolg der Republikaner.⁷⁰ In diesem aufgeheizten Klima erleben Intellektuelle, die sich als konservativ verstehen oder den Konservatismus für sich entdecken, in der öffentlichen Reputation eine bisher ungeahnte Hochphase.⁷¹ Zumindest für kurze Zeit haben konservative, nationalkonservative und nationalliberale Positionen Konjunktur.⁷² Dieser Aufschwung hat entscheidenden Anteil daran, dass sich der Konservatismus nach der Vereinigung wandelt. Dies hängt einerseits mit neuen Paradigmen zusammen, andererseits aber auch mit der Auszehrung des bundesrepublikanischen bürgerlichen Altkonservatismus. Denn zum einen verliert dieser seine Kräfte gegenüber dem elanvollen neuen (nationalen) Konservatismus, andererseits hadert dieser alte Konservatismus schon seit den 1980er Jahren intern damit, wie stark er sich auf die liberalen, marktkonformen und damit auch individualitätsbezogenen Paradigmen und Moden einlassen sollte, wodurch er zusätz-

67 Vgl. o. V.: Symbole für das neue Deutschland, in: Die Zeit, 15.06.1990; o. V.: Symbole für das neue Deutschland, in: Die Zeit, 23.06.1990.

68 Vgl. Stephan: Der Betroffenheitskult, S. 170.

69 Leggewie: Druck von rechts, S. 77.

70 Die Republikaner konnten bereits 1989 mit 7 Prozent in das Europaparlament und mit 7,5 Prozent in das Berliner Abgeordnetenhaus einziehen. 1992 gewannen sie sogar über 10 Prozent bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Diesen Erfolg konnten sie dort sogar 1996 nochmal wiederholen, bevor sie in der Bedeutungslosigkeit versanken.

71 Vgl. Schneider: »Volkspädagogik« von rechts; Lohmann, Hans-Martin (Hg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt a.M. 1994; Habermas, Jürgen: Der Extremismus, der aus der Mitte kommt, in: Die Zeit, 30.09.1994.

72 Vgl. Müller: From National Identity to National Interest; Maier, Hans: Was heißt heute konservativ?, in: Die Zeit, 01.04.1994.